



Zusammenfassender Bericht über die Fachtagung

„Zum Europäischen Bildungsraum und der Zukunft von Erasmus+“

am 23. Januar 2018
im Europäischen Haus Berlin

23.01.18 - Bis zur Sommerpause 2018 will die Europäische Kommission einen Vorschlag für die Weiterentwicklung des Programms Erasmus+ für die Jahre nach 2020 vorlegen. Zusammen mit dem Europäischen Rat setzt sie sich auch für die Bildung eines europäischen Bildungsraums ein. Zu beiden Themen fand am 23. Januar 2018 in Berlin eine Fachtagung mit Bildungsexperten und Verbandsvertretern statt, wobei Erasmus+ besonders intensiv diskutiert wurde. Einmütig setzten sich Podiumsteilnehmer und Publikum dafür ein, die Mittel für das Programm aufzustocken. Zugleich sollte der Verwaltungsaufwand verringert werden und über mehr Unterstützung für Schulen und Betriebe bei der Antragsstellung nachgedacht werden. Gerade die non-formale Bildung sei wichtig, um breitere Kreise zu erreichen und ihnen europäische Identität zu vermitteln. Differenzen gab es in der Frage, ob die EU bei der gegenseitigen Anerkennung von Schul- und Hochschulabschlüssen einen eigenen „Sorbonne-Prozess“ einleiten sollte, um schneller voranzukommen als im „Bologna-Prozess“ mit seinen rund 50 Teilnehmerstaaten.

Moderiert wurde die Fachtagung zur Zukunft von Erasmus+ und dem europäischen Bildungsraum von Frank Burgdörfer von der Europäischen Bewegung Deutschland. „Bildung ist ein essentielles Thema in einer Zeit, in der es viel Kritik an der EU gibt und relevante Teile der Bevölkerung ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen, indem sie für Populisten stimmen,“ sagte er zur Einführung. Nach dem Impulsvortrag eines Bildungsexperten der EU-Kommission diskutierten Europa-Fachleute von bildungspolitischen Institutionen, Jugend-Organisationen und Sozialpartnern in drei Podien über formale Bildung an Schulen und Hochschulen, non-formale Jugendbildung sowie berufliche Bildung und Erwachsenenbildung. Die dreistündige Konferenz im Europäischen Haus Berlin verlief in konstruktiver, konzentrierter Atmosphäre und mit guter Beteiligung der etwa hundert Fachteilnehmer im Publikum.

1. Impulsvortrag Michael Teutsch, Referatsleiter Generaldirektion Bildung, Jugend, Kultur und Sport der Europäischen Kommission



Michael Teutsch eröffnete die Konferenz mit einem Überblick auf die bildungspolitischen Pläne und Ziele der Europäischen Kommission. 2017 habe eine Umfrage des Eurobarometers ergeben, dass die europäischen Bürger das Programm Erasmus+ als eine der wichtigsten Errungenschaften der Europäischen Union einstufen. „Erasmus+ ist ein Programm, bei dem es darum geht, die Qualität der Bildung und die Mobilität zu verbessern. Aber es geht auch darum, wie gut kennen wir uns, wie gut tauschen wir uns aus. Es geht um Lebenschancen für junge Menschen. Schaffen wir es, allen jungen Menschen, aber auch Älteren die Chance zu eröffnen, sich auszutauschen?“ fragte Teutsch. Die Europäische Kommission strebe ein wirtschaftlich starkes, demokratisches und sozial inklusives Europa an. Auch da spiele Erasmus+ eine wichtige Rolle.

Nach der Europa-Rede von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron im September 2017, der sich für die Schaffung eines europäischen Bildungsraums eingesetzt hatte, hätten sich die EU-Regierungschefs zweimal mit der Bildungspolitik befasst: bei ihrem informellen Gipfeltreffen in Göteborg im November 2017 und beim regulären Europäischen Rat im Dezember 2017. Teutsch führte aus, es sei darum gegangen, wie Bildung im Rahmen der existierenden Zuständigkeiten in Europa einen Input für eine gute gemeinsame Entwicklung geben könne.

Beim Europäischen Rat am 14. Dezember seien folgende Themen als wichtig genannt worden, berichtete der EU-Bildungsexperte weiter:

- Ein stärkeres, inklusives und erweitertes Programm Erasmus+. „Die nächsten Finanzverhandlungen werden wegen des Brexit und neuer Aufgaben knüppelhart,“ erläuterte Teutsch. „Deshalb ist die Unterstützung der Regierungschefs für Erasmus+ unglaublich wichtig.“ Kommissionspräsident Juncker und Haushaltskommissar Oettinger hätten inzwischen erklärt, man wolle überall streichen außer bei Bildung und Forschung; dort werde eher noch etwas draufgelegt.
- Ein Netzwerk „Europäische Hochschulen“ mit gemeinsamer Forschung und gemeinsamen Abschlüssen
- Jeder EU-Bürger solle in Zukunft zwei Sprachen lernen. „Realistischerweise wird eine Sprache Englisch sein,“ erläuterte Teutsch. „Wenn wir multikulturelle Vielfalt in Europa leben wollen, braucht man zwei Sprachen.“
- Europäischer Studiausweis
- Gegenseitige Anerkennung von Hochschulabschlüssen und Schulabschlüssen – hier wolle die EU vorangehen, weil der Bologna-Prozess mit etwa 50 teilnehmenden Staaten zu langsam sei

In der kommenden Woche werde die EU-Kommission eine Evaluierung des Programms Erasmus+ veröffentlichen, sagte Teutsch. Vor dem Sommer folge dann ein Vorschlag für die Sieben-Jahres-Periode ab 2020. Die Programmarchitektur von Erasmus+ solle erhalten bleiben, aber schrittweise in Richtung lebensbegleitendes Lernen erweitert werden. Teutsch nannte folgende weitere Punkte, die der Diskussion bedürften:

- Gibt es strategische Sektoren, die in Zukunft mehr Aufmerksamkeit bekommen sollten, wenn es um Innovation geht?
- Wie kommt man zu einem inklusiveren Programm: zu mehr Mobilität im Schulbereich (damit alle eine Chance bekommen) und zu einer stärkeren Beteiligung von Menschen mit Benachteiligungen?
- Förderung europäischer Identität und Werte
- Stärkung der internationalen Dimension
- Flexibilität und Vereinfachung

„Um das alles zu machen, brauchen wir Ihren Input,“ schloss Teutsch seinen Impulsvortrag. Dazu diene nicht nur die aktuelle Veranstaltung in Berlin. Vom 10. Januar bis zum 8. März finde eine öffentliche Konsultation statt, an der man sich unter folgendem Link beteiligen könne:

https://ec.europa.eu/info/consultations/public-consultation-eu-funds-area-values-and-mobility_en

2. Erstes Panel: Formale Bildung, Schule und Hochschule

Den Auftakt für die erste Podiumsdiskussion gab Henk van Liempt, Referatsleiter für die EU-Bildungsprogramme im Bundesministerium für Bildung und Forschung. Er begrüßte die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, die nun – unter Respekt der Zuständigkeiten der deutschen Bundesländer – ausgestaltet werden sollten. Für das Programm Erasmus+ in der neuen Phase ab 2020 habe das Bundesministerium für Bildung und Forschung zusammen mit der Kultusministerkonferenz bereits Kernforderungen aufgestellt:

- Erasmus+ werde von vielen vor allem als Programm für Studierende gesehen. Es sei wichtig, die Aktivitäten beispielsweise in der Berufsbildung und im Sport stärker sichtbar zu machen. Dafür brauche es mehr Werbung, aber auch eine höhere Beteiligung
- Das Budget für Erasmus+ ab 2020 müsse „angemessen“ finanziert werden, was aus der Sicht von BMBF und KMK bedeute, die Zahlen zu erhöhen.
- Die Verwaltung solle vereinfacht werden
- Unterrepräsentierte Gruppen müssten besser beteiligt werden
- Mehr Flexibilität auf nationaler Ebene sei nötig. „Man nehme nur das Thema Geflüchtete: Für uns kann es sehr wichtig sein, hier eigene Ziele zu setzen und zu sagen, dass wir für diese Gruppe mehr tun wollen“, sagte van Liempt. Wegen der langen Laufzeit des Programms von sieben Jahren sei solche Flexibilität besonders wichtig
- Erasmus+ sei ein Lernprogramm, das die europäische Identität und Integration unterstützen solle

Als zweiter Panelist richtete Peter Ortmanns vom Sekretariat der Kultusministerkonferenz zunächst den Blick auf Erasmus+, das er als Erfolgsprogramm lobte. „Europa für junge Menschen erlebbar und erfahrbar zu machen – das ist die Zielsetzung, die Erasmus+ weiterhin tragen sollte,“ erklärte Ortmanns. In der Umsetzung gebe es allerdings Bereiche, wo Korrekturen und Nachbesserungen nötig seien. Vor allem müssten die Mittel für Erasmus+ aufgestockt werden; zudem gebe es Verbesserungsbedarf bei der nationalen Mittelbewilligung, wie man beispielsweise bei Schulpartnerschaften merke.

Ortmanns forderte auch, die einzelnen Bereiche von Erasmus+ besser sichtbar zu machen und spezifische Lösungen für sie zu entwickeln. Schließlich gebe es beim Austausch zwischen Schulen und Universitäten große Unterschiede. Vor allem, wenn man damit die bisher unterrepräsentierten Kreise stärker ansprechen wolle, müssten sich die beteiligten Nationalen Agenturen und die Verwaltung anders aufstellen.

Vorsichtig positiv äußerte sich Ortmanns zum europäischen Bildungsraum. Mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates könne man besser leben als mit den Vorschlägen der EU-Kommission, da der Rat das Prinzip der Subsidiarität und die Zuständigkeiten der deutschen Bundesländer stärker berücksichtigt habe. Die Kultusministerkonferenz habe auch die Befürchtung, dass das Konzept der „Leaders‘ Agenda“, das die Prozesse abkürzen solle, dazu führen könne, dass die traditionellen Verfahren und die zuständigen Fachgremien übergangen würden.

Als nächste nahm Katrin Fohmann aus Sicht des Deutschen Akademischen Austauschdienstes Stellung, einer Organisation, die für den gesamten europäischen Hochschulraum mit 50 Staaten zuständig ist. Aus dieser Perspektive äußerte sie Vorbehalte gegen den geplanten „Sorbonne-Prozess“, die beschleunigte gegenseitige Anerkennung von Schul- und Hochschulabschlüssen innerhalb der EU. „Was wird mit dem großen Ganzen, wenn die EU mehr Tempo macht, was wird aus den Staaten draußen?“ fragte Fohmann.

Bei dem künftigen Programm Erasmus+ würde der DAAD gerne einige Neu-Orientierungen berücksichtigt sehen, fuhr Fohmann fort. Sie schlug vor, digitale Formate für Menschen einzuführen, die nicht so mobil sind. Insgesamt sollten die Programme kürzer und flexibler sein; zugleich gelte es, den Kontakt zu den Alumni zu verbessern. Schließlich solle die internationale Dimension gefördert werden; dazu gehöre auch, mit Industriestaaten außerhalb Europas enger zusammenzuarbeiten. „Wir brauchen eine zielgruppengerechte Ansprache,“



1. Panel

Van Liempt sagte abschließend, speziell zwischen Deutschland und Frankreich solle die Mobilität in der Bildung erhöht werden. Wichtig seien schließlich mehr Anerkennung und Transparenz für Lernleistungen in anderen Ländern.

schloss Fohmann. „Azubis, Schüler und Studierende werden anders angesprochen als beispielsweise Unzufriedene aus der Mitte der Gesellschaft.“

Aus dem Publikum äußerte sich ergänzend der Leiter des Pädagogischen Austauschdienstes der Kultusministerkonferenz, Gernot Stiwitz. Er richtete den Blick vor allem auf die Verbesserung der Schüler-Mobilität. „Man muss administrativ erleichtern und geografisch erweitern,“ forderte er. Die Anträge sollten vereinfacht werden, damit es nicht nur „die üblichen Verdächtigen“ seien, die Anträge stellen könnten. „Jeder identifiziert Erasmus mit Hochschulen,“ erklärte er. „Uns ist wichtig, dass Schule als sichtbarer Teil des Programms vorkommt.“ Wichtig sei auch die Internationalisierung des Programms.

Dr. Stephan Venske vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur, der Bundesratsbeauftragte im EU-Programmausschuss Erasmus+, unterstützte die anfänglichen Ausführungen von van Liempt. Kritisch bemerkte er, dass die EU-Kommission Erasmus+ zu sehr für ihre politische Agenda nutze. Anfangs sei dies der Arbeitsmarkt gewesen; heute die Integration. „Aber eigentlich ist es ein Mobilitätsprogramm, und diesen Kern sollen wir wieder in den Fokus rücken.“

Mit Skepsis sieht Venske auch die Forderung, die Anerkennung von Abschlüssen zu beschleunigen. Hier gebe es Umsetzungsschwierigkeiten an den Hochschulen, und zwar genauso zwischen Paris und Hannover wie zwischen Göttingen und Hannover. „Es ist unschön, dass wir versuchen, von Transparenzinstrumenten zu Anerkennungsinstrumenten zu kommen. Das geht einen Schritt zu weit.“ Chancen sehe er dagegen in der Idee eines Netzwerkes europäischer Universitäten.

Der Moderator Burgdörfer fasste zusammen: Auf dem erweiterten Podium herrsche Einigkeit, dass Erasmus+ mehr Geld brauche, breitere Schichten ansprechen und in der Verwaltung vereinfacht werden müsse. Strittig sei, ob es für Qualifikationen ausreiche, Transparenz zu schaffen, oder ob man mehr Anerkennung brauche. Dann öffnete er die Diskussion für die übrigen Teilnehmer der Tagung.



Als Erste sprach eine ehemalige Schulleiterin; sie wies daraufhin, dass die geforderte Vereinfachung der Verwaltung auf enge Grenzen stoße, weil über die Mittelverwendung genau Rechenschaft abgelegt werden müsse. Jedoch sei es für die Schulleitungen und Lehrer eine große Belastung, neben ihrer normalen Arbeit auch die ausführlichen Anträge für Erasmus+ einzureichen. Man solle deswegen auf nationaler Ebene darüber nachdenken, Spezialisten zu beauftragen, um die Antragssteller vor Ort zu unterstützen.

Mit Verweis auf ihre berufliche Erfahrung machte die Teilnehmerin noch einen zweiten Vorschlag: Wegen der Schulzeitverkürzung auf zwölf Jahre sei die Nachfrage nach einigen Austauschprogrammen gesunken. Hier sollte die Kultusministerkonferenz darüber nachdenken, solche Erfahrungen als Plus bei der Benotung des Abiturs oder eines beruflichen Abschlusses zu werten.

Ortmanns und Teutsch antworteten, dass es im schulischen Bereich individuelle Mobilität und Gruppenmobilität brauche um die Zahl der Teilnehmer signifikant zu erhöhen. Über den Einsatz von Spezialisten für die Anträge könne man nachdenken, ergänzte Ortmanns. Noch eine weitere Idee brachte eine Vertreterin des Landes Schleswig-Holstein vor: Es sei ja im jeweiligen Kultusministerium hinreichend bekannt, welche Schulen sich besonders für Europa und Erasmus+ interessierten. Die dort anfallende Arbeitsbelastung könne man durch Anrechnungsstunden lindern. „An großen Schulen müsste es eine verbindliche Empfehlung geben,“ sagte die Teilnehmerin. „Damit man merkt, dass Europa lebt.“

Ein Vertreter der Berliner Senatsverwaltung forderte, die EU-Mittel für Entlastungsstunden für die Erasmus+ Antragsstellung in die Regelfinanzierung der Schulen zu integrieren. Vielleicht müsse man auch über den Namen Erasmus nachdenken, weil dieser vor allem an Studentenaustausch denken lasse – eine Idee, die van Liempt aus dem Bundesministerium für

Bildung und Forschung allerdings sofort ablehnte. Als letzte Teilnehmerin aus dem Publikum meldete sich eine EU-Beauftragte aus dem Berliner Bezirk Tempelhof-Schöneberg zu Wort. Sie klagte über das Ende des Austauschs von Verwaltungsfachleuten, den früher das Programm Leonardo da Vinci ermöglicht habe.

Diskussion mit Publikum 1. Panel



Publikumsdiskussion 1. Panel



3. Zweites Panel: Non-formale Jugendbildung

Den Auftakt der zweiten Podiumsdiskussion macht Uwe Finke-Timpe, Referatsleiter Europäische und internationale Jugendpolitik im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Er stimmt mit den fünf Punkten seines Kollegen van Liempt aus dem BMBF überein, wies aber auch daraufhin, dass Erasmus „den Touch des Hochschul-Programms“ habe. Dabei sei die non-formale Bildung gerade vor dem Hintergrund, dass breitere Kreise erreicht werden sollten, wichtig. „Jeder junge Mensch in Europa muss die Chance bekommen, während seiner Schule oder Ausbildung einmal eine Maßnahme gemacht zu haben“, forderte Finke-Timpe. „Aber in manchen Bereichen werden über 50 Prozent der Anträge, die bewilligungsfähig wären, abgelehnt, weil die Kapazitäten nicht reichen.“ Schließlich sei auch ein enges Zusammenwirken von Erasmus+ mit der europäischen Jugendstrategie nötig.

2. Panel



Hans-Georg Wicke, Leiter der Agentur Jugend für Europa, hob positiv hervor, dass in der Initiative für einen europäischen Bildungsraum die soziale Dimension und die aktive Bürgerschaft stärker hervorgehoben würden. Jenseits des europäischen Solidaritätskorps komme diese Komponente bisher noch zu kurz. Ungewöhnlich sei, dass die non-formale Bildung nicht auftauche. „Dies ist umso erstaunlicher, als der Jugendbereich eine substantielle Komponente ist, mit zehn Prozent des Budgets und den meisten Antragsstellern“, sagte Wicke. „Wir brauchen ein Jugendkapitel, das auf die Besonderheiten der non-formalen Bildung in diesem Bereich eingeht.“

Moderator Burgdörfer wies darauf hin, dass im Jugendbereich die Anträge für Erasmus+ recht nutzerfreundlich seien und trotzdem den Anforderungen gerecht würden. Vielleicht könnten andere Bildungsbereiche hier etwas lernen. Dann übergab er an die dritte Panelistin, Lisi Maier, die Bundesvorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings, die sich vor allem für eine Aufstockung der Fördersumme einsetzte. Eine Schippe solle man drauflegen, um nicht mehr so viele Anträge ablehnen zu müssen; eine zweite, um zusätzliche Zielgruppen zu erreichen. „Wir sind das Programm, das die meisten benachteiligten jungen Menschen einbezieht“, sagte Maier. „Für uns ist es wichtig, ein

starkes und sichtbares Programm innerhalb von Erasmus+ zu sein.“ Sie schlug auch vor, die demokratische Zivilgesellschaft stärker in die Programmausgestaltung und die Strukturförderung einzubeziehen.

Kommissionsvertreter Teutsch gab zu bedenken, dass ausnahmslos alle Bereiche von Erasmus+ unter Mittelknappheit litten. Eine Ablehnungsquote von 50 Prozent sei noch gut; es gebe auch Mitgliedsstaaten, wo sie bei 70 oder 80 Prozent liege. Es sei ein gutes Argument für die Aufstockung des Programms, dass es genug gute Projekte gebe, um das Geld sinnvoll auszugeben.

Die erste Wortmeldung aus dem Publikum kam von einer Expertin für Jugendarbeit der Senatsverwaltung Berlin. Wie könne man sozial Benachteiligte stärker in den Programmen berücksichtigen? Schließlich sei der europäische Austausch gerade für sozial Benachteiligte eine große Chance, um Europa erfahrbar zu machen und europäische Identität zu vermitteln. Das gelte auch für die Erfahrung von Demokratie und Gleichheit. Aber die derzeitigen Zuschüsse seien zu gering, weil in vielen Fällen die Elternhäuser nur wenig beitragen könnten. Gerade Jugendliche aus benachteiligten Kreisen seien daher auch besonders auf Gruppenmobilität angewiesen.

Eine kritische Frage aus dem Publikum wurde auch zum europäischen Bildungsraum gestellt: Warum komme die non-formale Bildung in den Vorschlägen nicht vor? Teutsch sagte, dies könne er nicht beantworten, aber „in den konkreten Gesprächen, die jetzt beginnen, wird bestimmt auch der non-formale Sektor eine Rolle spielen“, versicherte er.

Wicke von der Agentur Jugend für Europa schloss sich den Forderungen nach einer substanziellen Erhöhung der Mittel für den Jugendsektor an. „Es gibt genügend junge Leute, die sich von formaler Bildung nicht angesprochen fühlen“, sagte er. „Diese anzusprechen und eine umfassende Bildungserfahrung gemeinsam zu gestalten, dafür das hat Jugendprogramm eine wesentliche Bedeutung.“ Lisi Maier schloss die Diskussion des zweiten Podiums mit der Bitte, die jungen Menschen nicht zu instrumentalisieren. Sie sollten nicht nur darauf vorbereitet werden, auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen, sondern sich gerade über europäische Programme auch als Persönlichkeiten weiterentwickeln können.

4. I. Drittes Panel: Berufliche Bildung und Erwachsenenbildung

Die Diskussion eröffnete Hans Ulrich Nordhaus vom Deutschen Gewerkschaftsbund mit der Forderung, Auszubildenden einen

leichteren Zugang zu Erasmus+ zu ermöglichen. In Deutschland sei es wegen des dualen Systems besonders schwierig, Azubis aus ihrem betrieblichen Alltag zu gewinnen. Dafür könnte es hilfreich sein, kurze Schnupperphasen zu ermöglichen.

Berufsbildung sei aus Gewerkschaftssicht Menschenbildung. Deswegen sei er froh, dass der europäische Bildungsraum die ganzheitliche Bildung in den Vordergrund stelle, fügte Nordhaus hinzu. Wichtig sei es, auch die Themen Weiterbildung und Erwachsenenbildung aufzugreifen. Deren Anteil am Gesamtbudget sei mit fünf Prozent bisher sehr gering.

Für die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sagte Laura Wyss, die Aussicht auf Mobilität könne helfen, berufliche Bildung attraktiv zu machen. Erasmus+ solle gefördert werden. Auch Barbara Fabian vom Deutschen Industrie- und Handelstag setzte sich für eine Aufstockung der Mittel und eine bessere Sichtbarkeit der beruflichen Bildung im Folgeprogramm von Erasmus+ ein. Aus praktischer Sicht schlage sie vor, für Azubis mehrere Bewerbungstermine im Jahr vorzusehen. Zudem sei es wichtig, auch kürzere Aufenthalte zu ermöglichen, damit nicht nur große Konzerne ihre Auszubildenden entsenden könnten. Fabian erinnerte daran, dass es in Deutschland das nationale Ziel gebe, bis 2020 zehn Prozent der Azubis eine Auslandserfahrung zu ermöglichen.



Klaus Fahl, Leiter der Nationalen Agentur beim BIBB, erinnerte daran, dass Erasmus+ nicht nur ein Mobilitätsprogramm, sondern auch ein Lernprogramm für die beteiligten Institutionen sei. „Wir müssen uns in der Gesellschaft den Herausforderungen stellen, vor denen Europa steht“, sagte er. „Deswegen muss Erasmus+ auch dazu beitragen, dass wir lernen, wie andere Länder mit der Digitalisierung klarkommen.“ Er wolle Erasmus+ als große Lernplattform verstanden wissen. In dem Programm gebe es drei zentrale Bereiche: die Inklusion bildungsferner Menschen (nicht nur benachteiligter Jugendlicher, sondern auch Erwachsener, die nicht lesen und schreiben können), die

Stärkung der europäischen Identität und die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit.

„Wir brauchen Flexibilität: ein europäisches Dach, unter dem aber die Umsetzung in den einzelnen Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich sein kann“, sagte Fahle. Er schlug auch vor, beim Verwaltungsaufwand stärker auf Proportionalität zu achten. „Wer 5000 Euro will, braucht keine 40 Seiten auszufüllen. Bei einer Million ist das anders.“

Als letzter Podiumsteilnehmer sprach Dr. Christian Sperle vom Zentralverband des Deutschen Handwerks. Derzeit gebe es knapp fünf Prozent Azubis, die an einem Auslandsaustausch beteiligt seien – deutlich mehr als noch vor wenigen Jahren. Erasmus+ sei definitiv ein Erfolg, auch weil auf europäischer Ebene so viel Geld in die Hand genommen werde. Allerdings seien die Antragsstellung und die Dokumentationspflichten eine Zumutung. „Instrumente, die für Studenten besonders gut passen, gehen an unserer Klientel völlig vorbei“, fügte Sperle hinzu. Für Auszubildende würden Vorbereitungskurse und Sprachkurse gebraucht. Wenn das Bundesministerium hier keine Mittel zuschieße, laufe das Programm nicht. Er setzte sich auch für mehr Unterstützung für kleine Unternehmen beispielsweise durch Mobilitätsberater ein.

Aus dem Publikum berichtete ein Vertreter des Berufsschulenverbands von seinen Erfahrungen bei der Beantragung von Mitteln aus dem Programm Erasmus+. Man sei sehr erfolgreich, aber nur, weil man dafür eigens eine Teamleiterin eingestellt habe. „Unsere kleinen und mittleren Unternehmen sehen es als Plus, um in der Nachwuchswerbung attraktiv zu sein, wenn sie Auslandsaustausch anbieten können.“



Publikumsdiskussion 3. Panel

Das Thema Digitalisierung sprach ein Repräsentant des Internationalen Bundes an. Ob die Kommission ein eigenes Programm zur digitalen Bildung auflegen wolle? Er sei der Meinung, das gehöre in das Erasmus-Programm. Dieses Thema griff auch Fahle auf: Europa müsse eine Haltung zu der Frage haben, ob man

digitale Projekte integriere oder eine neue Leitaktion schaffe. Ähnlich äußerte sich Nordhaus vom DGB.

5. FAZIT

Zum Abschluss der drei Podiumsdiskussionen sprach Moderator Burgdörfer von einem sehr ermutigenden Ergebnis. Pflichtschuldig habe es ein bisschen Verbands- und Interessenpolitik gegeben, aber eben auch sehr spannende Beiträge. „Es gibt hier einen ganz, ganz breiten Konsens“, resümierte er.

Das Schlusswort hatte Teutsch von der EU-Kommission. Nur in Zusammenarbeit könne man das Programm verbessern, sagt er. „Im Hochschulbereich läuft es gut, weil es etablierte Strukturen und Partnerschaften gibt und jeder weiß, wie sie funktionieren. Da kann man die Massen durchschleusen. Das brauchen wir jetzt auch im beruflichen und schulischen Bereich. Anträge müssen vereinfacht werden, das ist richtig. Aber auch mehr Erfahrung, Routine werden gebraucht. Deswegen wollen wir mit den Kammern, Berufsschulen und nationalen Verbänden eng zusammenarbeiten.“

Teutsch sagte, die Jugendarbeit und non-formale Bildung im Erwachsenenbereich würden fortgeführt. Was die Forderungen nach Mittelaufstockung betreffe, lud er die Bildungsexperten und Verbandsvertreter ein, sich auch gegenüber der eigenen Regierung und den eigenen Abgeordneten für eine bessere Ausstattung von Erasmus+ einzusetzen. Wenn es um die Digitalisierung gehe, könne er sich vorstellen, diese als strategischen Sektor zu definieren. Es müsse aber noch genauer darüber nachgedacht werden, wie das umgesetzt werden könne.

Zum Schluss rief Teutsch die Teilnehmer der Fachtagung noch einmal auf, sich an der öffentlichen Konsultation zu beteiligen. „Das wird uns unglaublich helfen, das richtig hinzukriegen“, sagte er. „Und je größer die Beteiligung an der Konsultation ist, desto größer ist dann auch die Unterstützung innerhalb der Kommission, gegenüber Herrn Oettinger zu sagen, wie wichtig Erasmus+ ist.“

